

POSITIONSPAPIER

Nach den Silvesterkrawallen 2022 – eine offene Gesellschaft diskutiert gesellschaftliche Realitäten und sucht gemeinsam nach Lösungen

Die Silvesterkrawalle der Jahreswende 2022/2023, die sich vor allem, jedoch nicht ausschließlich, in Berlin abspielten, haben zu einer intensiven Debatte über Ursachen und Lösungsmöglichkeiten geführt. Der GdP-Landesbezirk Hamburg e. V. (im Folgenden GdP Hamburg) begrüßt diese Debatte ausdrücklich. Sie ist notwendig und überfällig.

GdP Hamburg

Im Vorfeld der massiven Gewaltübergriffe auf Polizei und Rettungskräfte hatte sich die GdP bundesweit für eine stärkere Regulierung privater Nutzung von Pyrotechnik eingesetzt und sog. Böllerverbote gefordert. Diese Forderung war und ist richtig. Zwar ist die Kontrolle von sog. Böllerverbotzonen mit erheblicher polizeilicher Kräftebindung verbunden, aber der Staat hat, verkörpert durch die Polizei, an den Böllerverbotzonen eine geordnete Lage durchsetzen können.

Offene Debatte zwingend notwendig

Die brutalen und äußerst gewalttätigen Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte, nicht nur in der deutschen Hauptstadt, zeigen jedoch, dass es zu einer gesellschaftlichen Realität geworden ist, dass mit unverhohlenen Hass gegen Menschen in Uniform und in Einsatzfahrzeugen vorgegangen wird. Davon sind Polizeibeschäftigte seit Jahren betroffen, nunmehr trifft die Gewalt aber auch Angehörige der Feuerwehr und der Hilfsorganisationen.

So richtig das allumfassende Bekenntnis ist, dass die Gewalt vollkommen inakzeptabel und scharf zu verurteilen ist, so bleibt



es leider bittere Realität, dass der politische Reflex auf diese Taten nicht ausreicht, um künftige Gewalthandlungen zum Nachteil von Polizei und Rettungskräften zu verhindern. Die GdP Hamburg fordert deshalb eine offene Debatte über Ursachen und mögliche Lösungsansätze.

Die Mitglieder der GdP Hamburg nehmen seit Jahren eine zunehmende Entfremdung größerer Teile der Gesellschaft von staatlichen Institutionen und eine damit einhergehende Gewaltbereitschaft dieser Menschen gegenüber der Polizei wahr. Es ist zutreffend und muss offen ausgesprochen werden können, dass vor allem junge, teilweise jugend-

liche Männer mit einer familiären Migrationsgeschichte eine offene Feindseligkeit gegenüber staatlichen Institutionen zeigen. Dieses Phänomen ist jedoch nicht auf den genannten Personenkreis beschränkt.

Die GdP Hamburg erkennt vielfältige Ursachen für diese Feindseligkeit. In diesem Positionspapier werden Ursachen aus Sicht der GdP Hamburg aufgezeigt, die jedoch weder den Anspruch auf abschließende Allgemeingültigkeit noch auf eine Priorisierung haben können.

Welche Ursachen liegen vor?**1. Die Rassismusedebatte schadet dem Ansehen der Polizei und verstärkt Feindseligkeiten**

Bestimmte politische Kreise und Funktionsträger thematisieren immer wieder aufs Neue, dass es in der deutschen Polizei strukturellen Rassismus gebe. Entsprechende Studien werden betrieben, die von der GdP geforderten differenzierenden Belastungsstudien werden bislang nicht umgesetzt. Die GdP Hamburg nimmt jedoch auch durch die Einsatzpraxis ihrer Mitglieder wahr, dass sich im Zuge der gegen die Polizei gerichteten Rassismusedebatte offenbar bei Menschen mit Migrationsgeschichte die Gewissheit verfestigt, die Polizei sei tatsächlich rassistisch geprägt. Daraus entsteht ein Feindbild, welches mitursächlich für die Gewaltexzesse ist.

2. Gangsta-Rap schürt Hass gegen die Polizei

In Teilen jugendlicher Subkultur wird durch sog. Gangsta-Rap permanent das Feindbild „Polizei“ thematisiert. Gewalt gegenüber der Polizei wird so zu einer gemeinsamen Klammer jugendlichen Selbsterlebens. Diese Gewalt wird als notwendig, gerechtfertigt und als Beweis besonderer Männlichkeit heroisiert. Wer in Musik, die breite Kreise bestimmter Peer-Gruppen erreicht, Gewalt gegenüber Polizei heroisiert, ist mitver-



verantwortlich für Gewaltexzesse, wie sie am Silvesterabend 2022 geschehen sind.

3. Clankriminalität konsequent verfolgen, keine falschen Vorbilder entstehen lassen

Arabische Clans sind in Deutschland für unzählige Straftaten verantwortlich. Die massive Bekämpfung der Clankriminalität durch Polizei und Justiz ist unerlässlich, stellt jedoch aufgrund der Vielzahl der Delikte und der Komplexität der Strukturen eine erhebliche Herausforderung für die Sicherheitsbehörden dar. Die konsequente Bekämpfung der Clankriminalität, die als solches auch so benannt werden muss, ist auch deshalb richtig, weil Clankriminalität ein fatales Vorbild für Jugendliche mit Migrationsgeschichte ist. So erwecken sog. Clangrößen durch offen zur Schau gestellten Reichtum, Macht und Einfluss den Eindruck, als könnten sie unbehelligt in einer Parallelgesellschaft tun und lassen, was sie wollten. Diese höchst zweifelhaften Vorbilder vermitteln innerhalb ihrer Community auch den Eindruck, dass man nur mit Straftaten schnell zu Ansehen und Reichtum gelangen könne. Damit wird ein Lebensweg junger Menschen, der auf guter Schulbildung, Ausbildung oder Studium und Rechtschaffenheit beruht, massiv diskreditiert. Hinzu kommt, dass jene zweifelhaften Vorbilder durch ihre Gewalttaten zum Nachteil von Juwelieren, Geldtransportunternehmen und auch der Polizei genau den Eindruck erzeugen, dass ebendiese Gewalt gerechtfertigt und notwendig sei.

4. Der Staat muss wehrhaft sein, auch im Bereich der konsequenten Strafverfolgung

Die GdP Hamburg nimmt immer wieder durch ihren Praxisbezug wahr, dass in allen gesellschaftlichen Schichten die justizielle Strafverfolgung als zu lasch und zu inkonsequent wahrgenommen wird. Dies gilt



auch insbesondere für die Community der Menschen mit Migrationsgeschichte. Daher sieht die GdP Hamburg die Zeit gekommen, auch über diese Aspekte der Strafverfolgung offen zu debattieren. Selbst wenn man unterstellt, dass es keine negative Generalprävention gibt, also die Abschreckung durch harte Strafen, so muss einem doch zu denken geben, dass auch die häufig als sehr milde wahrgenommenen Strafen nicht einmal die erwünschte individuelle Wirkung erzielen. Der liberale Rechtsstaat kann jedoch nur so lange liberal sein, solange seine Liberalität nicht als Schwäche verstanden wird. Die wahrgenommene Schwäche des Rechtsstaates geht klar zulasten der verletzten Polizeibeschäftigten und der Rettungskräfte.

Auf dieser Basis sind Schritte zwingend erforderlich

1. Wir brauchen eine offene Debatte über Ursachen und Täterpersönlichkeiten im Zusammenhang mit Gewalt gegen Polizei und Rettungskräfte. Diese Debatte muss ohne Scheuklappen und ohne Rassismushaltungen geführt werden. Alle Akteure müssen zu Wort kommen können.
2. Wir brauchen eine ehrliche Analyse zum Zustand der Integration in Deutschland.
3. Familien und Schulen sind aufgefordert, ihrem Erziehungsauftrag nachzukommen. Durch die Schulgesetze der Länder der Bundesrepublik gibt es für die Schulen einen klaren Erziehungsauftrag. Wo dieser Erziehungsauftrag nicht mehr umgesetzt werden kann, egal aus welchem Grund, muss dies offen benannt werden.
4. Die GdP Hamburg teilt die Auffassung, dass das Leben von Kindern in von Clankriminalität beherrschten Familienstrukturen Kindeswohlgefährdend im Sinne des Kinder- und Jugendhilfegesetzes ist. Entsprechende Maßnahmen der Jugendhilfebehörden sind richtig und müssen umfassend unterstützt werden.
5. Die Präventionsarbeit in den Quartieren muss verstärkt werden. Dazu gehört, dass Jugendliche mit und ohne Migrationsgeschichte gute Vorbilder durch Erwachsene brauchen.
6. Die Verfolgung von Straftaten zum Nachteil von Polizeibeschäftigten und Rettungskräften muss konsequent erfolgen. Einstellungen von Strafverfahren aufgrund von prozessökonomischen Aspekten sind nicht hinnehmbar. Wir appellieren an die Richterschaft, nicht nur das eigene Wertesystem für die Strafzumessung im Blick zu haben, sondern auch die Erlebniswelt der Straftäter zu erkennen.
7. Die deutsche Polizei braucht keine Rassistendeckelung, sondern Rückhalt und Unterstützung. Und die Polizeibeschäftigten benötigen keine Sprachanleitung unter dem Deckmantel der Diskriminierungsfreiheit. Ein Mensch aus dem arabischen Raum ist höchstens geografisch aus Westasien stammend. ■

DP – Deutsche Polizei
Hamburg

Geschäftsstelle
Hindenburgstraße 49, 22297 Hamburg
Telefon (040) 280896-0
Telefax (040) 280896-18
gdp-hamburg@gdp.de
www.gdp-hamburg.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle
Montag bis Donnerstag
8.00 bis 16.00 Uhr
Freitag
8.00 bis 14.00 Uhr

Redaktion
Jörn Clasen (V.i.S.d.P.)
Hindenburgstraße 49, 22297 Hamburg
joern.clasen@gdp.de



AIDA Weltreise 2023/24

Jetzt in Teilstrecken

buchbar

Weltreise 2023 mit AIDA Sol

Jetzt Teilstrecken buchen und Frühbucher-Plus-Ermäßigung sichern!

Von Hamburg nach San Antonio

36 Tage

27.10. bis 02.12.2023

ab **4.995 €*** p. P.

Von San Antonio nach Mauritius

48 Tage

02.12.2023 bis 19.01.2024

ab **8.195 €**** p. P.

Von Mauritius nach Hamburg

33 Tage

19.01. bis 21.02.2024

ab **3.850 €*** p. P.

Sichern Sie sich Ihre Kabine auf einer der Weltreise Teilstrecken.

* AIDA PREMIUM Preis pro Person bei 2er-Belegung (Innenkabine IB), inkl. 700 Euro Frühbucher-Plus-Ermäßigung bei Buchung bis 30.04.2023, jeweils limitiertes Kontingent

**AIDA PREMIUM Preis pro Person bei 2er-Belegung (Innenkabine IB), inkl. 1.000 Euro Frühbucher-Plus-Ermäßigung bei Buchung bis 30.04.2023, jeweils limitiertes Kontingent



**Polizeisozialwerk
Hamburg GmbH**

Polizeisozialwerk Hamburg GmbH
Hindenburgstraße 49
22297 Hamburg

Tel. 040-28089622/-23
Email: psw-reisen-hamburg@gdp.de
www.psw-hamburg.de



IHRE RECHTE ZU BILDUNGSZEIT UND CO.

Bildungsurlaub: Wie beantragen? Wer hat Anspruch? Wer zahlt? Die wichtigsten Tipps und Infos

Etwas Neues lernen, sich persönlich und beruflich weiterentwickeln: 77 Prozent der Beschäftigten sind an Fortbildungen interessiert – aber nur ein bis zwei Prozent nehmen Bildungsurlaub, obwohl sie in fast allen Bundesländern einen gesetzlichen Anspruch darauf haben. Die einen kennen ihre Freistellungsansprüche nicht, die anderen wissen nicht, wie sie Bildungsurlaub beantragen oder fürchten Nachteile im Betrieb. Wir beantworten die wichtigsten Fragen und erklären Schritt für Schritt den Weg zum Bildungsurlaub.

DGB

Wer hat Anspruch auf Bildungsurlaub?

In 14 von 16 Bundesländern gibt es einen gesetzlichen Anspruch auf Bildungsurlaub für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dabei unterscheiden sich die Bezeichnungen: In manchen Bundesländern werden die Extrarurlaubstage zur Weiterbildung auch „Bildungsfreistellung“ oder „Bildungszeit“ genannt.

Was ist Bildungsurlaub?

Für einen Bildungsurlaub (in manchen Bundesländern als Bildungsfreistellung oder Bildungszeit bezeichnet) muss der Arbeitgeber seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bezahlten Urlaub für eine Weiterbildung geben. Darauf haben die Beschäftigten (in 14 von 16 Bundesländern) einen gesetzlichen Anspruch. Bildungsurlaub wird ZUSÄTZLICH zum regulären Urlaubsanspruch gewährt – für Bildungsurlaub wird also kein Erholungsurlaub gekürzt oder abgezogen. Der Inhalt der Weiterbildung muss nicht zwangsläufig mit der beruflichen Tätigkeit in Verbindung stehen.

Wie hoch ist der Anspruch auf Bildungsurlaub?

In der Regel haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Anspruch auf fünf Tage Bildungsurlaub pro Jahr bzw. zehn Tage in zwei Jahren.

Welche Seminare darf ich für einen Bildungsurlaub besuchen?

Der Inhalt der Fortbildung muss nicht in direktem Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit stehen. Das Spektrum reicht von Sprachkursen über konkrete fachliche Fortbildungen bis zu politischen Seminaren oder persönlichkeitsbildenden Kursen. Voraussetzung für die Freistellung ist, dass der Kurs als Bildungsurlaub anerkannt ist. Auch das DGB-Bildungswerk und Gewerkschaften bieten anerkannte Seminare zu verschiedenen Themen an.

Welche Voraussetzungen müssen für einen Bildungsurlaub gegeben sein?

Die Voraussetzungen für Bildungsurlaub: Grundsätzlich muss es in Ihrem Bundes-



land einen gesetzlichen Anspruch auf Bildungsurlaub geben und Sie müssen ein Seminar wählen, das als Bildungsurlaub anerkannt ist.

Während des Bildungsurlaubs zahlt der Arbeitgeber den Lohn bzw. das Gehalt weiter wie bei einem regulären Urlaub. Die Kursgebühren, Ausgaben für Lehrmittel sowie Kosten für Fahrten und Unterkunft übernimmt er nicht. Diese müssen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selbst tragen. Sie können die Ausgaben jedoch in der Steuererklärung geltend machen.

Bildungsurlaub beantragen Schritt für Schritt:

1. Informieren Sie sich darüber, ob und welchen Anspruch Sie auf Bildungsurlaub haben (zum Beispiel über die Bildungsurlaubsgesetze und Informationsseiten Ihres Bundeslandes in der folgenden Liste) und informieren Sie sich über Seminarangebote.
2. Wählen Sie ein passendes Seminar bzw. einen passenden Kurs für Ihren Bildungsurlaub bei einem Anbieter für Bildungsurlaub aus und melden Sie sich an.
3. Der Veranstalter des Bildungsurlaubsseminars sendet Ihnen dann in der Regel Informationsmaterial zum Seminar sowie Unterlagen für die Beantragung des Bildungsurlaubs zu, mit denen Sie den Bildungsurlaub bei Ihrem Arbeitgeber beantragen können.
4. Beantragen Sie den Bildungsurlaub möglichst frühzeitig bei Ihrem Arbeitgeber und beachten Sie dabei die geltenden Fristen. In der Regel muss der Antrag vier bis neun Wochen vor Beginn beim Arbeitgeber eingereicht werden. ■



EINSATZBETREUUNG

Spontan vor Ort beim Verbundeinsatz

Draußen sind knapp fünf Grad. Typisches Hamburger Schmuddelwetter im Januar, das niemanden abhält, vor Ort für Sicherheit zu sorgen. Wenn wir als GdP damit helfen können und so freundlich aufgenommen werden, macht es doppelt so viel Spaß.

arbeit mit dem Zoll. Das Vernetzen der Behörden liegt der GdP Hamburg besonders am Herzen! #Verbundeinsatz. Vielen Dank für euren Einsatz! ■

GdP Hamburg

Wir konnten Anfang Januar bei einer Verkehrskontrolle mit einem Betreuungseinsatz unterstützen. Wir sind begeistert, wie viele tolle Kolleginnen und Kollegen uns im Einsatzraum begrüßt haben. Ihr habt Hamburg heute sicher gemacht und es war uns eine große Freude, euch dabei mit Getränken und ein paar Kleinigkeiten unterstützen zu können. Großartig war auch die Zusammen-



Foto: GdP/HH

PRÄVENTION

SMART CITY – SMARTHOME

VDP

Einem bedeutenden Anteil auf dem Weg zur Smart City – der intelligenten Stadt, in der durch moderne Techniken Abläufe effizienter und nachhaltiger werden – nimmt das Smarthome ein. Zu dessen aktuellem Stand und neuesten Trends kommen erfahrene Smarthome-Experten zu Wort. Relevante Anwendungsgebiete wie das Wohnen im Alter, der Einbruch- und Brandschutz sowie das Energiemanagement werden beleuchtet, ebenso der richtige Schutz eurer Daten und die derzeitige Rechtslage mit Versicherungsmöglichkeiten für euer Smarthome.

Diese Broschüre sowie weitere Präventionsbroschüren zu diversen Themen aus dem Verlag der Polizei (VDP) erhaltet ihr in der Geschäftsstelle der GdP. Ihr erreicht uns unter (040) 280896-0 oder per E-Mail gdp-hamburg@gdp.de. ■



Foto: GdP/HH



Anzeige

MEIN ABSCHIED **GBI**

Selbstbestimmung im Trauerfall.

040 - 24 84 00
www.gbi-hamburg.de



ANWOHNERPARKEN IN DER STADT

Hamburg-Vignette für Landesbeschäftigte in der kritischen Infrastruktur

Um eine nachhaltige und wirklich simpel umsetzbare Lösung zu finden, bringt die GdP jetzt eine Hamburg-Vignette für alle Beschäftigten der kritischen Infrastruktur in Hamburg ins Spiel.

GdP Hamburg

Vergessen worden?

Die von der Verkehrsbehörde öffentlich verkündete Ausnahmeregelung von der Parkraumbewirtschaftung für Landesbeschäftigte scheint von der Verkehrsbehörde wieder vergessen worden zu sein.

Wir erinnern hier aber gerne daran. In der derzeitigen Diskussion erinnern wir auch daran, dass dieses Problem nicht nur Alsterdorf betrifft. Polizei findet auch in der Fläche statt.

Ausweitung der Anwohnerparkzonen verstärkt das Problem

„Wir haben jetzt mehrfach auf die Probleme hingewiesen, die sich insbesondere im

Schichtdienst und bei Alarmierungen zeigen. Das führte zu einer Zusage der Verkehrsbehörde, Ausnahmegenehmigungen einführen zu wollen. Passiert ist seither nichts.

Die Einführung weiterer Zonen für das Anwohnerparken steht unmittelbar bevor. Wenn man es mit der Steigerung der Attraktivität des Schichtdienstes ernst meint und Hamburg als Arbeitgeber attraktiv sein will, brauchen wir eine Hamburg-Vignette.

Die Hamburg-Vignette soll als Ausnahme von der Parkraumbewirtschaftung für die in der kritischen Infrastruktur arbeitenden Menschen gelten“, so GdP-Landesvize Lars Osburg.

Hamburg-Vignette für Polizei und Mitarbeitende in der kritischen Infrastruktur

Das Personalmanagement in der Hamburger Polizei folgt der Lage, nicht den Anwohnerparkzonen. Unsere Kolleginnen und Kollegen sind insbesondere im Wechseldienst mangels Alternativen im ÖPNV auf das Privatfahrzeug angewiesen. Wir werden erleben, dass reihenweise Kolleginnen und Kollegen angesichts von mehreren Hundert Euro Mehrkosten Anträge auf Dienststellenwechsel stellen werden.

Die GdP Hamburg fordert eine einheitliche Lösung für die Parkraumproblematik für alle Dienststellen, nicht nur rund um das Präsidium, der LBP und der AK in Alsterdorf.



Vor allem aber: Dies betrifft nicht nur die Polizei, sondern auch die Feuerwehr, das Personal in Krankenhäusern und weitere Bereiche der kritischen Infrastruktur.

Eine Hamburg-Vignette wäre ein klares Signal und würde ganz nebenbei den Verwaltungsaufwand enorm erleichtern.

Der Landesvorstand

Anzeige

**Notdienst der
Glaser-Innung Hamburg**
für alle Hamburger Bereiche

**Glaser-Notdienst
Tel. 830 06 60**

**Firmenungebundene
Auftragsannahme**



Bewohnerparken

**GdP Hamburg
fordert eine
Hamburg-Vignette
für Beschäftigte der
kritischen
Infrastruktur!**

Jetzt zählt es!






GdP-FORDERUNG

Beihilfe muss kundenorientiert arbeiten können. Haldenbildung geht zulasten unserer Kolleginnen und Kollegen!

Aktuell sind rund 26.000 Anträge auf Beihilfe noch nicht bearbeitet. Dieser Rückstand hat sich seit dem Frühjahr verdoppelt. Das bedeutet in Zeiten bisher unbekannter Teuerungen eine zusätzliche Belastung, insbesondere für unsere Versorgungsempfänger.

GdP Hamburg

Wir haben aber auch die Menschen im Blick, die mit den schlechten Rahmen-

bedingungen arbeiten müssen. Wertschätzung darf nicht nur ein Bildschirmhintergrund sein, auch nicht in der (Polizei-)Arbeitswelt! Bezeichnenderweise erhalten die Betroffenen die Informationen über ein

nicht funktionierendes PC-Programm aus der BILD-Zeitung. Organisationen müssen dafür werben, dass die eigene Belegschaft „auf ihrer Seite“ bleibt. Kaum etwas versichert Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr, als wenn sie erst aus den Medien von einer Krisensituation erfahren. Die fehlende Information entfaltet eine Wahrnehmung, die die Mitarbeiterschaft gegen die Führung aufbringt, zeugt sie doch aus deren Sicht von geringerer Wertschätzung.

Herr Senator Grote: „Auch unsere Kolleginnen und Kollegen leiden unter der Inflation. Stellen Sie vermeidbare Umstände ab, die die Situation unnötig verschärfen.“ ■

SENIORENARBEIT

Einladung zur Mitgliederversammlung

Michael Rath

Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen, hiermit laden wir zur Mitgliederversammlung der GdP-Senioren und -Senioreninnen

am 14. Februar 2023 um 15 Uhr

ein. Es ist noch offen, ob wir uns im großen Sitzungssaal oder in der Kantine des Polizeipräsidiums treffen, dieses ist auch abhängig von dem noch nicht feststehenden Gastreferenten oder der Gastreferentin, lasst euch überraschen.

Aufgrund des Redaktionsschlusses für diese Veröffentlichung erfolgt der Bericht über die Wahlen vom Januar u. a. zum Delegiertentag erst in der Märzausgabe.

Zurzeit kann im Hinblick auf die zu dem Termin gültigen Coronabestimmungen keine verbindliche Aussage getroffen werden. Insofern möchten wir wieder darum bitten, die Teilnahme der Geschäftsstelle mitzuteilen. Wir hoffen auf eine rege Teilnahme und freuen uns auf das nächste Treffen! ■

Anzeige

POLIZEI
DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei

Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Hamburg haben.

Hilf uns, unsere Präventions- und Festschriften für die GdP in Hamburg zu bewerben und herauszubringen. Nähere Informationen erhältst du unter www.vdp-polizei.de. Oder ruf uns an unter Telefon 0211 7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183, Frau Antje Kleuker
antje.kleuker@vdp-polizei.de

www.vdp-polizei.de

**70. Geburtstag**

17.02.2023
Peter Baetke

75. Geburtstag

08.02.2023
Jürgen Brandt
12.02.2023
Reinhard Koroll

80. Geburtstag

05.02.2023
Joachim Darkow
13.02.2023
Holger Lütjens
17.02.2023
Hans Kowalski
26.02.2023
Udo Baasch

81. Geburtstag

07.02.2023
Paul Bahlo
11.02.2023
Ingrid Müller
14.02.2023
Peter Müller
15.02.2023
Wolfgang Wenzel
19.02.2023
Burkhard Lange
20.02.2023
Horst Kruse
26.02.2023
Franz Hempel

82. Geburtstag

03.02.2023
Gert Steinbach
19.02.2023
Otto Müller
28.02.2023
Marija Bullmann

83. Geburtstag

01.02.2023
Horst Hoops
05.02.2023
Antje Stock
23.02.2023
Eveline Hinsch
25.02.2023
Fritz Struß

84. Geburtstag

05.02.2023
Georg Glowacki
21.02.2023
Karin Lube

85. Geburtstag

07.02.2023
Horst Peters
08.02.2023
Klaus Freudenberg
13.02.2023
Peter Schmidt
18.02.2023
Boie Wolter
27.02.2023
Jürgen Hanke

86. Geburtstag

19.02.2023
Gerhard Schröder
Ingrid Kunau
20.02.2023
Klärchen Fiedler
25.02.2023
Dieter Heering

87. Geburtstag

08.02.2023
Paul Heidorn
10.02.2023
Franz Hoehl

88. Geburtstag

14.02.2023
Horst Adomeit
19.02.2023
Margot Steding
21.02.2023
Marion Lahmann

89. Geburtstag

13.02.2023
Heinke Roseck

92. Geburtstag

05.02.2023
Horst Brandt
26.02.2023
Karl-Heinz Lüttmann

94. Geburtstag

01.02.2023
Elisabeth Boldt

03.02.2023
Ursula Arndt
17.02.2023
Horst Heruth

96. Geburtstag

11.02.2023
Luise Carolus
22.02.2023
Albert Fehlberg

98. Geburtstag

01.02.2023
Hildegard Sahn

Hinweis: Aus datenschutzrechtlichen Gründen ist eine Veröffentlichung von 25- und 40-jährigen Dienstjubiläen ohne ausdrückliche Zustimmung des Jubilars in der Zeitschrift „Deutsche Polizei“ leider nicht mehr gestattet. Sollte eine Veröffentlichung des Dienstjubiläums gewünscht werden, bitten wir um Mitteilung des Termins an die GdP-Mitgliederverwaltung. **Tel.: (040) 280896-17**

Gratulation zum wohlverdienten Ruhestand

31.1.2023 Oliver Kahr, PHK, LKA701
28.2.2023 Thomas Tucholski, PHK, PK14
Wolfgang Richter, POK, PK25
Andreas Lemke, KHK A12, PK11
Oliver Glowa, POK, VD011
Frank Schamuhn, PHK, VD22
Thomas Wegemann, EPHK, LBP8

Nachrufe

29.11.2022
Ralph Hänjes,
Angestellter Tarif i. R. (83)

06.12.2022
Helmuth Meinert, POK i. R. (80)

**Wir werden den Toten ein ehrendes
Andenken bewahren.**